
Aussprache

Gewerkschaftlicher Rechtsextremismus¹

(Zu den Beiträgen von Ralf Ptak und Fabian Virchow in Heft 6/2001, S. 366-375 sowie von Christoph Butterwegge in Heft 11-12/2001, S. 726-730)

Dass die Gewerkschaftsmitglieder mindestens genau so stark zum Rechtsextremismus neigen wie Nichtmitglieder, ist seit langem bekannt. Ralf Ptak und Fabian Virchow leiten daraus die Forderung an die Gewerkschaften ab, ein „strategisches Konzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln ..., das die organisierte extreme Rechte ebenso bekämpft wie das Eindringen rechtsextremer Ideologeme in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft“. Wer wollte dem widersprechen? Gewerkschaften können sich in der Tat nicht mehr darauf beschränken, dem Rechtsextremismus als etwas Äußerlichem entgegenzutreten, sie müssen sich auch mit dem Rechtsextremismus in den eigenen Reihen, mit dem gewerkschaftlichen Rechtsextremismus, befassen. Um dem Übel kompetent zu begegnen, bedarf es zu-

nächst allerdings einer gründlichen Ursachenanalyse. Denn nur die genaue Kenntnis der Ursachen für unerwünschte Fehlentwicklungen ermöglicht nachhaltige Gegenmaßnahmen. Die Gretchen-Frage lautet also: Warum sind Gewerkschaftsmitglieder (mittlerweile) genau so anfällig für Rechtsextremismus wie Nichtmitglieder?

Sind Gewerkschaften ein Spiegelbild der Gesellschaft?

Ptak und Virchow machen den Siegeszug des Neoliberalismus für die gegenwärtigen Erfolge des Rechtsextremismus verantwortlich. Dies trifft gewiss zu, beantwortet die Gretchen-Frage aber nicht. Es sei denn, die Autoren unterstellen, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um ganz normale Menschen handelt, die von den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen genau so betroffen sind wie Nichtmitglieder. Diese Interpretation findet sich auch im Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB-Bundesvorstands vom Mai 2000, wo es heißt: „Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die

1 Die hier vorgetragenen Überlegungen finden sich explizit oder implizit schon in früheren Veröffentlichungen; vgl. z.B. Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin-Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001; Richard Stöss, Rechtsextremismus in den Gewerkschaften, in: Ders./Klaus Schönhoven, Referate der Konferenz der Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung vom 26.-28. Oktober 2001 in Nürnberg, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2001, S. 19-26.

fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur.“

Ich spreche in diesem Zusammenhang von der *Spiegelbildthese*. Sie behauptet, dass Gewerkschaftsmitglieder durch dieselben politischen Einstellungen und Wertorientierungen geprägt sind wie die Bevölkerung insgesamt. Dass es sich dabei um keine allgemein gültige These handelt, belegt schon die Tatsache, dass Gewerkschaftsmitglieder in den sechziger und siebziger Jahren (für die fünfziger Jahre liegen keine entsprechenden Daten vor) im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt relativ immun gegen rechtsextreme Einflüsse waren. Damals galt die *Immunisierungsthese*. Sie besagt, dass die Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus deutlich geringer ist als die von Nichtmitgliedern. Halten wir fest: Gewerkschaftsmitgliedschaft kann - unter bestimmten Bedingungen - die Ausbreitung von Rechtsextremismus auch abwehren. Wenn Ptak und Virchow Anhänger der Spiegelbildthese wären, dann müssten sie erklären, warum die Immunsierungskraft der Gewerkschaften gegenüber dem Rechtsextremismus ausgerechnet durch die Ideologie des Neoliberalismus geschwächt wurde.

Es gibt gute Gründe, die Allgemeingültigkeit der Spiegelbildthese mit Blick auf die Gewerkschaften anzuzweifeln: Dass Gewerkschaften in sozialstruktureller Hinsicht kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, ist bekannt und bedarf keiner weiteren Vertiefung. Aber auch die politischen Einstellungen und Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich teilweise deutlich vom Bevölkerungsdurchschnitt. Sie stufen sich beispielsweise wesentlich linker ein als die übrige Bevölkerung, sind politisch sehr interessiert, bewerten die Marktwirtschaft sehr kritisch und sprechen sich besonders stark für Werte

wie soziale Gerechtigkeit oder Solidarität aus. Gewerkschaftsmitglieder zeichnen sich also durch eine besondere Mentalität, durch ein spezielles Überzeugungssystem aus. Auch das institutionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften stützt nicht gerade die Spiegelbildthese. Gewerkschaften verstehen sich nicht nur als Interessenorganisation, sondern auch als Wertegemeinschaft mit allgemeinpolitischem Anspruch, als „Reformbewegung“, deren Handeln durch „Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz“ (Zitate aus dem DGB-Grundsatzprogramm) geprägt ist. Warum sollten sich Personen freiwillig einer Organisation anschließen und dafür auch noch Geld bezahlen, deren gesellschaftspolitische Ziele ihren eigenen Anschauungen widersprechen? Wenn also die allgemeine Spiegelbildthese nicht zutrifft, wenn Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Wertorientierungen kein Abbild der Gesellschaft darstellen, warum sollten Gewerkschaften ausgerechnet beim speziellen Fall des Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Bevölkerung sein?

Auf der Suche nach spezifischen Ursachen für den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus

Bei Christoph Butterwegge findet sich ein Hinweis auf mögliche Ursachen für gewerkschaftlichen Rechtsextremismus. Das Stichwort lautet „Standortnationalismus“. Dabei handele es sich um den „festen Glauben an die Überlegenheit des „eigenen“

Wirtschaftsstandortes“, um das „Bewusstsein, auf den internationalen Märkten einer „Welt von Feinden“ gegenüber zu stehen und durch „deutschen Erfindergeist“, größeren Fleiß und noch mehr Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes unter Beweis stellen zu müssen“. Diese Ideologie trage zur Ausgrenzung von Minderheiten und damit letztlich zur Entstehung von Fremdenfeindlichkeit bei. Butterwegges Argument lautet nun, dass auch Gewerkschaften dieser Standortlogik folgten und damit dem Rechtsextremismus Vorschub leisteten. Wenn selbst die eigenen Funktionäre nationalistische und fremdenfeindliche Positionen vertreten, ist es nicht verwunderlich, dass Gewerkschaften keine Barriere mehr gegen Rechtsextremismus bilden. Die Behauptung, dass Gewerkschaften selbst zur Verbreitung von Rechtsextremismus beitragen, ist auch schon früher geäußert worden. Auch die DGB-Kommission Rechtsextremismus erwähnte diesen Aspekt in ihrem Schlussbericht: „Die Gewerkschaften selbst gerieten in den Verdacht, Urheber rechtsextremer Einstellungen zu sein.“ Die *Urheberthese* behauptet also, dass Gewerkschaften an der Entstehung oder Verbreitung von Rechtsextremismus beteiligt sind.

Eine weitere These findet sich in den Studien der Tübinger Jugendforschungsgruppe um Josef Held, Hans-Werner Horn und Athanasios Marvakis². Ihre Untersuchungen zeigen, dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unliebsamer (ausländischer) Konkurrenz versprechen. Und da gerade diese Jugendlichen durch nationalistische und wohlstandschauvinistische Mentalitäten geprägt sind, könnte das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich groß ausfallen. Wenn es um die Behauptung geht, dass Gewerkschaften eine besondere Attraktivität auf rechtsex-

trem eingestellte Personen ausüben³, werde ich von der *Anziehungsthese* sprechen.

Es mangelt an empirisch gesicherten Erkenntnissen über den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus

Neben den bisher genannten vier wird noch eine weitere These vertreten: Die *Modernisierungsverliererthese* lautet allgemein gefasst, dass Modernisierungsverlierer besonders rechtsextrem eingestellt sind. Und weil sie überproportional in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften vertreten sind, ist diese besonders anfällig für Rechtsextremismus. Für die Untersuchung der Ausgangsfrage, warum Gewerkschaftsmitglieder (mittlerweile) genau so anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nichtmitglieder, stehen also fünf Thesen zur Verfügung. Vermutlich kann keine dieser Thesen für sich Allgemeingültigkeit beanspruchen. Eher dürften sie jeweils auf bestimmte Mitgliedergruppen zutreffen, woraus sich eine Konkretisierung der Gretchenfrage ergibt: Warum neigen welche Gewerkschaftsmitglieder besonders zum Rechtsextremismus, warum erweisen sich welche Mitglieder eher als resistent dagegen? Dabei ist nach institutionellen, gewerkschaftsspezifischen Ursachen zu forschen. Über die allgemeinen Ursachen für Rechtsextremismus liegen unzählige Untersuchungen vor, die uns hier aber nicht weiter helfen. Denn wir suchen nach Beziehungen zwischen dem typisch gewerkschaftlichen Überzeugungssystem und rechtsextremen Denkfiguren. Anders ausgedrückt: Die nach wie vor bestehende, unter anderem betont „politische“, linke, soziale und solidarische Mentalität der Gewerkschaftsmitglieder muss irgendwo

2 Vgl. z.B. Hans-Werner Horn, No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg. (1995), H. 8, S. 484-496.

3 Zum Beispiel auch, weil sie sich, wie Butterwegge formuliert, durch ein „hohes Maß an Zentralismus und Bürokratismus“ auszeichnen.

Brücken oder Andockmöglichkeiten für autoritäre, nationalistische und ethnozentrische Einstellungen bereithalten und diese inkorporieren können, ohne dass sich das gewerkschaftliche Überzeugungssystem dadurch verflüchtigt.

Da die hier in der gebotenen Kürze vorgetragenen Thesen noch nie zusammenhängend empirisch untersucht worden sind, habe ich hilfsweise einige Datensätze analysiert, aus denen sich Hinweise für die Beantwortung unserer Ausgangsfrage ergeben. Wegen der geringen Fallzahlen und der daher oft nur mäßigen Signifikanz der Werte sind die Befunde nur als Thesen zu verstehen, die noch der gründlichen empirischen Erhärtung bedürfen. Zunächst kurz zu den Rechtsextremismuspotenzialen: In der Region Berlin-Brandenburg waren im Jahr 2000 16 Prozent der (wahlberechtigten) Bevölkerung und 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder rechtsextrem eingestellt. Bundesweit betrug das rechtsextreme Einstellungspotenzial 1998 14 Prozent, bei Gewerkschaftern 12 Prozent. In Westdeutschland waren 14 Prozent der Nicht-Mitglieder, aber nur 11 Prozent der Mitglieder, in Ostdeutschland 15 Prozent der Nicht-Mitglieder, allerdings 19 Prozent der Mitglieder rechtsextrem eingestellt. Die Gewerkschaftsmitglieder im Osten sind also anfälliger für Rechtsextremismus als die Kolleginnen und Kollegen im Westen. Im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt sind die Gewerkschafter im Westen unterdurchschnittlich, die Gewerkschafter im Osten jedoch überdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt. Die Verhältnisse stellen sich regional also sehr unterschiedlich dar. Pauschal bestätigt sich allerdings die Aussage, dass Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik mittlerweile mehr oder weniger genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder.

Ein linkes Selbstverständnis immunisiert nicht notwendigerweise gegen Rechtsextremismus

Meine Analysen deuten darauf hin, dass Gewerkschaftsmitglieder nach wie vor durch ein spezielles Überzeugungssystem charakterisiert sind, das sich deutlich von dem der Unorganisierten unterscheidet. Der allgemeinen Spiegelbildthese ist also mit großer Skepsis zu begegnen. Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem ist jedoch nicht homogen und schon gar nicht ideologisch strukturiert. Vielmehr gruppieren sich die einzelnen Bestandteile dieses Überzeugungssystems in unterschiedlicher Kombination und Stärke. Es stellt also ein abgegrenztes, eigenständiges, in sich aber pluralistisches Muster von Einstellungen und Wertorientierungen dar, das auch rechtsextreme Gewerkschafter einschließt. Nun zu den genannten Thesen: schlecht schneidet die Modernisierungsverliererthese ab. Es trifft zwar zu, dass Modernisierungsverlierer besonders häufig zum Rechtsextremismus neigen, sie sind aber keineswegs besonders häufig gewerkschaftlich organisiert. Hinreichende empirische Evidenz findet sich dagegen für die übrigen drei Thesen, für die Immunisierungsthese, für die Anziehungsthese und für die Spiegelbildthese (die Urheberthese konnte nicht in die Analysen einbezogen werden, weil sie sich nicht operationalisieren ließ). Alle drei Thesen treffen tatsächlich auf jeweils unterschiedliche Mitgliedergruppen zu. Leider erlauben es die geringen Fallzahlen nicht, diese Gruppen nach speziellen Kriterien (Einzelgewerkschaften, Branchen, Betriebssituation, Arbeitszufriedenheit etc.) aufzuschlüsseln. Fest steht allerdings, dass sich bestimmte Mitgliedergruppen im Vergleich zu den entsprechenden Gruppen in der Bevölkerung als wenig anfällig für Rechtsextremismus, dass sich andere Gruppen als relativ stark anfällig erweisen und dass sich ein Teil der

Gewerkschaftsmitglieder in puncto rechts-extreme Einstellungen nicht von den entsprechenden Unorganisierten unterscheidet.

Abschließend noch einige Ergebnisse zum Zusammenhang von Gewerkschaftsmentalität und Rechtsextremismus: Ich hatte bereits erwähnt, dass sich Gewerkschaftsmitglieder deutlich linker einstufen als die Unorganisierten. Um den Begriff „links“ inhaltlich zu füllen, wurden mehrere Indizes gebildet, unter anderem der Index „Befürwortung von (traditionellem) Sozialismus“ (Statements z.B.: Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde; Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten; Die großen Wirtschaftsunternehmen sollten verstaatlicht werden) und der Index „Befürwortung von Staatsinterventionismus“. Beide Indizes korrelieren bei bestimmten Mitgliedergruppen positiv mit der Rechtsextremismus-Skala. Dann gilt: Je stärker „links-etatistische“ Orientierungen (Kombination beider Indizes), desto größer die Anfälligkeit für Rechtsextremismus. Wenn aus dem Datensatz alle Befragten herausgenommen werden, die besonders überzeugte Verfechter von (traditionellem) Sozialismus sind, dann vermindert sich das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern bundesweit von vorher 12 Prozent auf nunmehr 9 Prozent, was eine Reduktion um immerhin ein Viertel ausmacht, während das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Nicht-Mitgliedern unverändert bei 14 Prozent bleibt. Rechtsextreme Einstellungen können sich also unter bestimmten Bedingungen mit spezifischen linken Sichtweisen verbinden. Anders ausgedrückt: Ein linkes Selbstverständnis immunisiert nicht notwendigerweise gegen Rechtsextremismus.

Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem enthält aber auch Bestandteile, die Rechtsextremismus abwehren. Dazu zählen eine hohe subjektive politische Kompetenz (was im Endeffekt auf das Gegenteil von

Etatismus hinausläuft), starkes politisches Interesse und intensive demokratische Überzeugungen. Alle drei Faktoren zusammen genommen bilden eine Sperre gegen Rechtsextremismus, die bei Organisierten noch wirksamer ist als bei Unorganisierten, bei Unorganisierten aber öfter anzutreffen ist als bei Organisierten. Vorsichtig ausgedrückt: Die typische Gewerkschaftsmentalität zeichnet sich durch ein gewisses Demokratiedefizit, durch einen relativen Mangel an libertären Orientierungen aus.

Fazit: Den Blick nach innen schärfen

Wenn wir mit unseren empirisch gestützten, aber durch weitere Untersuchungen noch zu erhärtenden Vermutungen richtig liegen, dann bedarf die eingangs zitierte Forderung von Ralf Ptak und Fabian Virchow (Entwicklung eines strategischen Konzepts gegen Rechtsextremismus, das die organisierte extreme Rechte ebenso bekämpft wie das Eindringen rechtsextremer Ideologien in die gewerkschaftliche Mitgliedschaft) einer Präzisierung. Zum einen geht es in der Tat darum, die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus zu beseitigen oder wenigstens einzugrenzen und rechtsextreme Erscheinungsformen zu bekämpfen. Dazu zählen selbstverständlich auch nationalistische, rassistische und diskriminierende Äußerungen von Politikern, Gewerkschaftern usw. Zum anderen - darüber wird noch viel zu wenig diskutiert - sind auch die gewerkschaftsspezifischen Adaptionvorgänge in Bezug auf rechtsextreme Denkmuster in den Blick zu nehmen. Wie lassen sich die Bestandteile des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems stärken, die geeignet sind, Rechtsextremismus abzuwehren? Wie können die vermuteten Andockvorgänge verhindert werden? Wer sind die anfälligen Adressaten in der Mitgliedschaft? Welche Mitgliedergruppen erweisen sich als hinreichend immun und können als Träger von

Gegenmaßnahmen wirken bzw. müssen für diese Aufgabe mobilisiert, motiviert und gegebenenfalls qualifiziert werden? Der Begriff „gewerkschaftlicher Antifaschismus“ greift dabei zu kurz. Ziel ist nicht die Bekämpfung des Rechtsextremismus (das ist Gegenstand des gerade erwähnten Strate-

gieteils), sondern die Konkretisierung und Festigung des gewerkschaftlichen Wertekanons.

*Richard Stöss,
Berlin*